

Sowie Mitglieder des Reichswirtschaftsrates angehören. Für die einzelnen Abschnitte bzw. Gruppen des Sozialentwurfes werden Unterausschüsse gebildet. Die erste Beratung hat bereits stattgefunden.

### Gefangenentwurf gegen Schlemmerunwesen.

Der von der bayerischen Regierung für den Reichsrat ausgearbeitete Gefangenentwurf gegen das Schlemmerunwesen sieht schwere Strafen vor. Es sollen Geldstrafen bis zu 100 000 Mark und Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren, im Wiederholungsfall Geldstrafen bis zu 200 000 Mark und Zuchthaus bis zu 5 Jahren, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Überweisung an die Landespolizei festgelegt werden. Für die Gewerbetreibenden, die der Schlemmererei Vorkub und Weibisse leisten, sollen gleichfalls schwere Strafen festgesetzt werden, u. a. die Entziehung der Konzession und die Schließung des Betriebes.

### Endlose Tumulte im braunschweigischen Landtag.

Abermals kam es in der Landesversammlung zu heftigen Szenen. Abg. Erdmann (Soz.) nahm das Ministerium gegen die Angriffe der Rechten in Schutz und sprach den Ministern das vollste Vertrauen seiner Fraktion aus. Minister Steinbrücker erklärte die Angriffe der Rechten auf die Regierung für haltlose Verdächtigung, während Abg. Koloff vom Landeswahlverband den Minister Verier Unwahrheit vortrug, worauf dieser wieder mit heftigen Worten antwortete, alles unter großer Unruhe. Abg. Rönneburg (Demokrat) beantragte Schließung der Sitzung und sofortigen Zusammenritt des Ältesten-Ausschusses, um den Zuständen im Landtage endlich ein Ziel zu setzen.

### Vertrauensvotum mit einer Stimme Mehrheit.

Im sächsischen Landtage hatten die bürgerlichen Parteien einen Misstrauensantrag gegen die unabhängigen Mitglieder der sächsischen Regierung Lipinski, Fleißner und Jaczel eingebracht. Der Antrag sagte, Besetzung der beiden wichtigsten Ministerposten durch die Herren Lipinski und Fleißner seien eine Kampfanlage an das Bürgertum. Die Mehrheitssozialisten und die Kommunisten wandten sich gegen den Antrag. Schließlich wurde der bürgerliche Misstrauensantrag mit 47 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

### 110 Milliarden Unterbilanz im Reichshaushalt.

Dem Reichsrat ist der neue bearbeitete Etat für 1921 zugegangen. Er zeigt 181 763 Millionen Mark Gesamtausgaben und 71 728 Millionen Mark Einnahmen. Fehlbetrag mithin 110 035 Millionen Mark. Rund 64 Milliarden Anteile sind vom Reichstage bewilligt, bleiben noch 46 Milliarden unterzubringen. Die Schulden verteilen sich wie folgt: 5853 Millionen Mark Reichsverwaltung, 37 887 Millionen Mark Betriebsverwaltungen, 66 285 Millionen Mark Entenschuld.

### Berührung um jeden Preis!

Nach einer allerdings noch unbestätigten Pariser Blättermeldung soll General Kollert namens der Kontrollkommission sich auch durch seine angebliche Rücksicht auf die Arbeiter haben entschließen können, auf die Beförderung der „Deutschen Werke“, oder, wie er sagt, auf die Umwandlung der (längst umgewandelten!) Waffenfabriken zu verzichten. Die deutsche Regierung werde eine Frist von fünf Monaten erhalten, um diese Umwandlung zu bewerkstelligen. Die Kommission könne Deutschland nicht die Möglichkeit lassen, die deutsche Bevölkerung zu bewaffnen (!). Sie zweifle nicht an der Loyalität der jetzigen Regierung, wisse aber nicht, wie die nächste Regierung aussehen werde! — Leider kann man kaum hoffen, daß diese Nachricht sich als falsch herausstellt. **Deutchen bleibt deutsch!**

In Oberschlesien gingen in den letzten Tagen Gerüchte um, der Plan eines Austausches der Stadt Beuthen gegen industrielle Anlagen oder eine anderweitige Grenzfestlegung in der Weise, daß Beuthen zu Polen komme, werde erwogen. Der „Deutsche Ausschuss für Beuthen“ teilt mit, er habe sich wegen dieser Gerüchte an die zuständige Stelle gewandt und der deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Reichsminister a. D. Schiffer, antwortete: Auf das Schreiben vom 5. November erwiderte ich ergebenst, daß die Möglichkeit, die deutsche Stadt Beuthen als Tauschobjekt zu benutzen, nicht diskutabel ist, und daß mir jeder Gedanke daran fernliegt.

### Aus In- und Ausland.

Erfurt. Die Weimarsche Gebietverteilung des noch bis zum 1. April 1922 bestehenden früheren Landtages von Sachsen-Weimar hat den zwischen dem ehemaligen Sachsen-Weimar und dem früheren Großherzog abgeschlossenen Abfindungsvertrag genehmigt.

London. Beim Einzug des Prinzen von Wales in Bombay kam es zu ernstlichen Unruhen im Eingeborenenviertel. Eine Anzahl Personen wurde getötet oder verwundet.

Moskau. Die Sowjetregierung hat in der Ukraine den Zwangsverhaftungsstand proklamiert. In Kiew haben blutige Zusammenstöße stattgefunden.

### Aus den Versammlungen.

— Naunhof. Der Wahlkampf für unsere Stadtgemeinderatswahl wurde durch die beiden öffentlichen Wählerversammlungen seitens der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen eingeleitet. Während die Versammlung der S. P. D. am Donnerstag nur mäßig besucht war, war die der U. S. P. D. gestern Abend überfüllt und jedesmal Anhänger aller Parteien anwesend. Am Donnerstag sprach Herr Parteisekretär Herrmann aus Grimma über die Bedeutung der bevorstehenden Gemeinderatswahlen und wies darauf hin, daß die Gemeinden während des Krieges gewaltige Lasten auf sich genommen haben im Interesse des Vaterlandes, teils gezwungen, teils freiwillig. Den Gemeinden sind im neuen Deutschland ungeheure und schwierige Aufgaben erwachsen, zu deren Lösung es die Zusammenfassung aller Kräfte und der freudigen Mitarbeit jedes Einzelnen bedarf. Er griff zurück auf die damaligen Verhältnisse auf politischem Gebiet, wo noch das Dreiklassenwahlrecht herrschte, wo die herrschende Klasse es verstanden hatte, die Klasse der Besitzlosen, die Arbeiter und Beamten zur Einflußlosigkeit zu verurteilen und dadurch die Arbeitervertreter bis zum Ausbruch der Revolution im Gemeindeparlament nur in der Minderzahl vertreten waren. Durch das allgemeine gebotene Wahlrecht für beide Geschlechter kam auch eine andere Zusammenfassung im Gemeindeparlament zustande — es zogen vielerorts die Arbeitervertreter in der Mehrheit ein. Redner führte näher an Sand von Beispielen die tieftraurige Lage der Gemeinden durch den Krieg an und betonte, daß durch solche wirtschaftlichen Zustände Unterernährung, Schwundwirtschaft um sich gegriffen habe, weiter seien in der Wohnungstrage schreckliche Zustände vorhanden. Die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden schilderte, worunter besonders letztere schwer zu leiden haben, kam dieser auf die indirekten Steuern zu sprechen, von denen nicht jede abgelehnt werden könne, weil sonst der Bankrott der Gemeinden unvermeidlich sei. Auch die Vertreter der Arbeiterschaft müssen auf das Wohl ihrer Gemeinde bedacht sein und erwiderte, welche Aufgaben die Gemeinden nun zu

### Was ist Brüderlichkeit?

Man läßt Dich verhungern, wenn Du eigener Meinung bist und nicht in das Parlethorn bläst. / Man wirft Dich aus Deiner Arbeitsstellung und setzt dafür einen gesinnungstreuen Genossen ein.

### Was ist Freiheit?

Man zwingt Dich zu streiken, weil eine Minderheit es will. Es ist ja gleichgültig, ob Du und Deine Familie darbst.

### Was ist Gleichheit?

Das Bestreben, jeder soll das gleiche verdienen. Daß er ein Faulpelz ist und daß Du doppelt so viel leistest, ist ja gleichgültig.

### Was ist Internationalität?

Man kriecht vor dem Auslande wie die Hunde und läßt sich mißbrauchen. Das Ausland mufelt dem Deutschen immer mehr zu und verlangt von dem unterernährten Deutschen Unglaubliches. Die Parteiführer verlieren aber kein Wort der Entrüstung über diese Tatsache, hingenommen wird die schwarze Schmach und auch die Schließung der „Deutschen Werke“, die tausende von Menschen wieder brotlos machen. Im Gegenteil, man betont, daß die russischen Bolschewiken uns näher stehen, als die Opfer von Oberschlesien u. dgl.

### Was heißt freie Bahn dem Lächtigen?

Wer am lüchligsten in der Anwendung von Schlagworten ist und das Maul am weitesten aufreißt, dem stärkt die Partei den Rücken, der kommt nach oben.

### Was heißt Kommunismus?

Kommunismus nennt man den herrlichen, erstrebenswerten Zustand, in dem sich Rußland heute befindet, der so vielen „Führern“ Gelegenheit zum Reichwerden gibt. Wären sonst so viele Kommunistenführer Juden, die doch wirklich Sinn für Geld verdienen haben?

### Was heißt Sozialisierung?

Betterwirtschaft. / Beförderung der Unfähigkeiten in leitende Stellen nach Parteigesichtspunkten. / Zwangswirtschaft mit all' den Vorteilen, die wir ja von der Kriegszeit her kennen, mit all' den schönen Erscheinungen wie Wuchertum, Schieber-tum usw. / Verteuerung des Betriebes (siehe z. B. Straßenbahn). / Verzettlung von Arbeitskräften. / Ausschalten aller Konkurrenz. / Daher: Steigerung der Preise, neue Steuern.

### Wer ist Bürger?

Jeder, der diese Mißstände heute nicht mehr länger mitmachen will. / Jeder, der ehrlich arbeitet und ehrlich verdienen will. / Jeder, der weiß, daß er auch Pflichten hat, nicht nur Rechte. / Jeder, der selber denkt und sich nicht von Schlagworten niederknüppeln läßt. / Jeder, der endlich klar sieht, daß die Internationale ein Wahnsinn ist, wenn sie nur einseitig gepredigt wird, die andere Seite aber die Dummheit der Schwärmer ausnußt.

### Was hat jeder Bürger zu tun?

An seinem Teil dazu beizutragen, daß endlich wieder geordnete Zustände eintreten, daß Ehrlichkeit, Fleiß, Wahrheit und Treue wieder kommt und daß die Partei- und Schieberwirtschaft aufhört.

### Wie kann der Bürger das tun?

Indem er die bürgerliche Liste wählt und alles anbietet, jeden Eäumigen an die Wahlurne zu bringen!

erfüllen haben, Inbetriff Befestigung der Wohnungsnot, des Ausbaus der Wohnungslage in Verbindung mit der öffentlichen Wohlfahrt und Gesundheitspflege u. s. w. Friedhöfe sind zu kommunalisieren, das Begräbniswesen in eigene Regie zu übernehmen. Für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Eigenbetriebe sind ausreichende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und sollen diese im Interesse des Allgemeinwohles beschützt werden. Für die Allgemeinheit könne es nur von Vorteil sein, wenn Sozialdemokratie im Parlament stark vertreten ist. Die Gemeinden sollen den Grundbesitzer eines sozialistischen Staates abgeben. Im Interesse des Allgemeinwohles empfiehlt Redner den Wählern und Wählerinnen eindringlich die Liste der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei, die Liste Arbeiter-Sozial. Die sachlich gehaltenen Ausführungen des Redners wurden beifällig aufgenommen. — Hieran knüpfte sich freie Aussprache, an der sich die Herren Irmscher, Krübler und Häppler beteiligten. Das Schlusswort erhielt nochmals der Referent, welcher die erhobenen Anmerkungen von Seiten einiger U. S. P. Anhänger gegen die Rechtssozialisten mit klaren Worten zurückwies. In der gestern Abend einberufenen öffentlichen Einwohnerversammlung vom Ortsverein der U. S. P. D. referierte der Landtagsabgeordnete Herr Herrmann über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl. Auf sein Referat, das bei einem großen Teil der zahlreich erschienenen Anwesenden großes Interesse gefunden hatte, was auch am Schluß der starke Beifall bezeugte, kann leider infolge der kurz bemessenen Zeit heute nicht näher eingegangen werden. Eines aber sei angeführt, daß der Redner es trefflich verstand, die Zuhörer für die Sache seiner Partei, der U. S. P. D. zu begeistern und aufzufordern, nur für deren Liste einzutreten. In beiden sozialdemokratischen Versammlungen zeigte man sich entzückt über die Herausgabe zweier Flugblätter von der bürgerlichen Partei resp. Kampfbundes. In der anschließenden freien Aussprache regte man u. a. an, daß man auf jeden Fall sozialistisch wählen solle, da die Arbeitervertreter für das Wohl der Allgemeinheit in jeder Beziehung Sorge tragen würden. Im zweiten Punkt der Tagesordnung gab Herr Lagerdaller König einen Bericht und Aufklärung über unsere städtischen Verhältnisse von 1912 bis 1921. Der Ausgange der Versammlung ist uns nicht bekannt, da dieselbe bis zu später Nachtstunde dauerte. ....

### Sächliche und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 19. November 1921.

Werkblatt für den 20. und 21. November.

Sonnenaufgang 7<sup>20</sup> (7<sup>21</sup>) | Mondaufgang 9<sup>20</sup> (9<sup>21</sup>) | Sonnenuntergang 3<sup>20</sup> (3<sup>21</sup>) | Monduntergang 11<sup>20</sup> (11<sup>21</sup>)

20. November. 1815 Abbruch des zweiten Pariser Friedens zwischen Frankreich, Österreich, Preußen, Rußland und England. — 1910 Russischer Schriftsteller Graf Leo Tolstoj gest. — 1915 Schriftsteller Johannes Trojan gest. — 1917 Verkündung der ukrainischen Republik.

21. November. 1808 Napoleon verläßt die Kontinentalperre. — 1811 Kaiser Heinrich v. Kleist gest. — 1918 Kaiser Franz Joseph I. von Österreich gest. — 1918 Straßburg von den Franzosen befreit.

□ Totensonntag. Viele Tränen fließen an diesem Tage, Tränen der Reue und Verzweiflung. Sie erleichtern unsere Herzen, dröhend sind sie nicht vergeblich vergossen. Um die Toten sollten wir zwar nicht weinen, sie haben den Frieden. Uns selbst, die wir zurückgeblieben sind in Not und Mitleid, mühte unsere Trauer gelten. Aber es liegt auch ein starker lebensbejahender Gedanke im Totenfest. Die Natur zeigt uns ihr Sterblichkeit, nach dem vergangenen blühenden Sommer. So predigt sie in eindringlicher Weise den ewigen Kreislauf von Werden und Vergehen und pflanzt auf unsere Gräber dennoch die Hoffnung. „Es hofft der Mensch, solange er lebt.“ Das Beste, das wir zum Gedächtnis unserer Toten tun können ist, und der Lebenden anzunehmen und ihnen zu dienen nach unseren Gaben. Schöne Leichensteine stehen draußen als Zeichen der Liebe und zum Gedenken. Auf manchen von ihnen, vielleicht auf den schönsten, mühte stehen: „Zu spät.“ Wenn wir beim Anblick dieser Steine Neue empfinden müssen, so ist dies schlimm für uns, schlimmer aber wäre es, wenn wir uns an den Lebenden verächtigen, bis es auch hier zu spät ist. Ferdinand Freiligrath sang einst: „O Lieb, solange du leben kannst, und keine Verse, zusammen mit der Predigt des sterbenden Jahres, sollen uns bewahren vor dem schrecklichen „Zu spät.“ Sehe man sich auf einem Kalender die Tage an, die in diesem Jahre bereits verstrichen sind. Alle haben sie mit großen Vorhaben begonnen, doch wie wurden sie beendet? Wie kurz ist doch die Zeit, die uns von dem „Zu spät“ trennt. Darum sollen wir wirken und Gutes tun, ehe es Abend wird. P. — 1.

### Wochenplan.

Eine ernste Woche geht zu Ende. Die frühen Novembertage sind an sich schon getrauert, zur Einkehr in unser Inneres. Darum wohl legte man den Ruhetag in die Zeit des Niederganges in der Natur. Zwei Tage, an denen Lust und Warme schmecken sollen. Unnötig lägen sich viele nur widerwillig dem Gebot und ordnen an der Befestigung dieser Einschränkung, als ob es zu viel verlangt wäre, einmal ein paar Stunden auf den Ernst des irdischen Lebens hingewiesen zu werden und an das erinnert zu werden, was nach unserem Christenglauben nach unserem Hinscheiden zu erwarten ist. Der Tag der Toten ist diesmal für uns nicht ein Tag reiner Ruhe, sondern die Gemüter werden sogar zu recht reger Anteilnahme für die Dinge unserer Zeit gemahnt. Die Wahl der Stadtgemeinderäte bedeutet unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Tat mehr, als eine enge städtische Angelegenheit. Es handelt sich um zu lebenswichtige Fragen, als daß man mit der spirituellen Gleichgültigkeit darüber hinweggehen kann. Die einzelnen Parteien haben mobil gemacht, es ist nicht unsere Aufgabe, zu prüfen, wer und was schuld ist, an dem beklagenswerten Zustande, der auch leider in unserem Gemeinderat von vielen hergibt wird, aber wir betrachten es als unsere Pflicht, alles anzubieten, um den bürgerlichen Kreisen eine Vertretung zu verschaffen, die das Liebergewicht der Mitglieder aufhebt, deren Ziel ausgesprochenem Maße die Einigung der bürgerlichen Rechte ist. Das Ideal einer parteilosen Gemeindevertretung, die nur die städtischen Angelegenheiten rein sachlich behandelt, ist ja eine zu utopistische Hoffnung. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß für die Vorkämpfer nur die Weisungen der Parteivorläufer maßgebend sind. Das ist Kampfanlage und darum müssen alle, die Gegner der Einheitspartei sind, auf den Plan, um das Gleichgewicht herzustellen ehe die geschwundenen „Bürgerlichen“ ganz entzweit sind. Von Leipzig hängt in dem Wahlresultat die ernste Mahnung darüber, daß keiner am Wahltag fehlen darf, wenn nicht ein einseitig beeinflusstes Stadtparlament das Ergebnis sein soll. Darum: Moch auch das Wetter am Sonntag unfreundlich sein, niemand darf sich seiner Wahlpflicht entziehen. Jede Stimme wird gebraucht. Das gilt besonders auch für die Frauen und Mädchen! Die bürgerlichen Parteien haben sich zu dieser Wahl gereinigt, macht diese schöne Gemeinsamkeit nicht zu Schanden durch Wahlauflage! Das Bedenken gegen einen oder den anderen Namen der Liste, darf nicht daran schuld sein, eventuell die Idee zu schädigen. Wer sich der Wahl fern hält, arbeitet für den Gegner und untergründet nicht nur das gemeinsame sondern auch das eigene Wohl. Darum zur Urne und wenn man auch auf ein Ständchen hinter dem warmen Ofen herorkriechen muß!

— Naunhof. Die Wahl unserer Stadtvertreter muß für jeden Einwohner eine Ehrensache sein. In diesem Tage darf es keine Ausrede geben, daß irgendwelche Urstände vorgelegt habe, der Wahlurne fern zu bleiben. Wer heute noch nicht begriffen, was wählen zu bedeuten hat, vergibt sich jeder politischen Rechte. Die Wahl für unser Gemeinwesen ist von außerordentlicher Wichtigkeit, Männer und Frauen sollen sich ja ihrer Pflicht erinnern, und Eäumige zur Wahl ermahnen. Der Wahlakt beginnt früh 9 Uhr und endet am Nachmittag 5 Uhr, als Wahllokal ist unsere Schule bestimmt.

— Naunhof. Kirchenmusik am Totensonntag. 1. Vor der Predigt: „Krieg ist der Herr“ von B. Schubert.

2. Nach der Predigt: „Krieg ist der Herr“ von B. Schubert. ...